893

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zustellung frei Haus und in Kiosken entsprechend

Arbeiter-Zeitung

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Das Feuilleton . Das Bild der Woche

Anzeigenpreise: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile 36 Pf., für Familienanzeigen 30 Pf., Reklamezeile (nicht an den kreispolitischen Teil einer Textzeile) 1.50 M. Anzeigenannahme: „Das Inserat", Alle Inseratenexpeditionen, Filiale Dresden, Gutzkowstraße 7, Fp., Tel. 17 653, Postscheck Dresden 14 515. Belegblatt

Anschrift der Expedition: Dresden-N., Hüterbahnhofstraße 2, Tel. 17 230. Bezugspreis: Frei Haus monatlich 2.30 M. (in voraus zahlbar), durch die Post 2.30 M. zuzüglich Zustellgebühr. Die Arbeiterzeitung erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Zurückzahlung des Bezugspreises. Verantwortlich für Politik: Otto Bäbel, Dresden; Ausland: Alfred Kendzia, Berlin; Lokaler Teil: Erich Gerbermann, Dresden; Inserate: Fritz Richter, Dresden. Druck u. Verlag: Druckerei Verlagsgesellschaft, Dresden, Hüterbahnhofstr. 2, Tel. 17 230, Postscheck Dresden 14515

8. Jahrgang | Dresden, Montag den 29. August 1932 | Nummer 195

Das dringendste Gebot der Antifaschistischen Betriebswoche
lautet für alle Antifaschisten: Helft, die Textilarbeiter zum Kampf zu mobilisieren und die **Textilbetriebe streikfertig machen!**

Ungeheures Lohn- und Gehaltsraub-Diktat!

Das von Papen angekündigte „Wirtschaftsprogramm" — ein Programm der schlimmsten politischen und sozialen Reaktion . Milliarden-Steuergeschenke für die Unternehmer . Schlagt in Betrieben und Gewerkschaften

Alarm gegen das Programm des Faschismus!

Berlin, 29. Aug. (Eig. Drahtb.)

Reichskanzler von Papen hielt gestern auf einer Kundgebung der westfälischen Bauernvereine in Münster seine angekündigte Rede zum Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung. Was der Kanzler als „Programm" für die nächsten 12 Monate in Aussicht stellte, ist ein Programm der schlimmsten politischen und sozialen Reaktion. Das Tarif- und Schlichtungswesen wird beseitigt. Ein neues ungeheures Lohn- und Gehaltsraubdiktat erfolgt. Die Unternehmer erhalten Milliarden an Steuergeschenken und Prämien. Dieses Programm soll noch in dieser Woche durch Notverordnung in Kraft gesetzt werden.

Papen kündigte ferner an, daß die Regierung entschlossen ist, unter allen Umständen auch gegen den Reichstag, dieses Programm durchzuführen. Die teilweisen Ausfälle gegen Hitler dürfen nicht daran irre machen lassen, daß das Programm der Papenregierung das Programm des Faschismus ist. Papen selbst sagte in seiner Rede, daß nicht Hitler, sondern er die Politik des Nationalsozialismus durchführen wird.

Die für die Arbeiterschaft so ungemein alarmierende Rede Papens zu dem von der Reichsregierung ausgeheckten „Wirtschaftsprogramm" leitete dieser mit der pathetischen Erklärung ein: Er wolle „eine Staatsgewalt, die auf Autorität gegründet" ist. Das bezieht sich offenbar auf den von der Papenregierung gehegten Plan, sich trotz einer evtl. zwischen Nazis und Zentrum zustande kommenden Mehrheitskoalition an der Macht zu halten, um das von ihm verkündete Programm der sozialen und politischen Reaktion mit den brutalsten Machtmitteln durchzuführen.

Darauf bezogen sich offenbar auch die von ihm geprägten Worte:

„Ich bin jetzt entschlossen, die schwellende Glut des Bürgerkrieges auszutreten."

In diesen Worten kommt die unzweideutige Kampfansage gegen die sich immer schlimmerer Bedrückung zur Wehr setzenden Arbeiter zum Ausdruck.

In welcher Weise diese Bedrückung nach dem von Papen verkündeten Programm der Reichsregierung noch weiter gesteigert werden soll, geht aus Einzelheiten dieses Programms anschaulich hervor. Aus der Fülle dieser Einzelheiten erwähnen wir heute nur die entscheidendsten, nämlich zunächst die Herausgabe sogenannter

„Steueranrechnungsscheine für Teile besonders produktionshemmender Steuern"

wie der Umsatzsteuer, der Realsteuer usw. Diese Scheine erhalten den „Charakter eines Darlehns an das Reich". Das heißt,

daß Unternehmer einen solchen Steueranrechnungsschein später als direkte Steuerleistung in Zahlung geben können und daß sie außerdem auf Grund des Besitzes eines solchen Steueranrechnungsscheines Bankenkredite in den Rachen geschoben bekommen.

Die bürgerliche Presse, die sich heute eingehend mit Papens Plänen beschäftigt, ist zwar voll des Jubels über die durch die Steueranrechnungsscheine den Unternehmern und Besitzenden gelieferten Millionen- und Milliardensteuergeschenke. Sie muß aber gleichzeitig zugeben, daß durch eine solche Maßnahme der zwar etwas aufgeschobene Bankrott nachher schließlich um so gewaltiger und vernichtender wird.

Der für die Arbeiterschaft aber entscheidendste und alarmierendste Teil von Papens Wirtschaftsprogramm ist der, der

„Streckung der Arbeit"

zu der „ein Anreiz durch Verteilung auf möglichst viele Arbeiter" gegeben werden soll. Dieser Anreiz soll ausdrücklich „nur auf dem Gebiete der Entlohnung" liegen. Das bedeutet den Ausführungen Papens entsprechend,

daß „der Arbeitgeber ermächtigt" wird, wenn er mehr Arbeitskräfte einstellt, den Tariflohn zu unterschreiten.

Wenn Papen dabei schon selbst erklären mußte: „daß diese Maßnahme der beschäftigten Arbeiter Opfer auferlegt", so wird das Ausmaß der Steigerung des Lohnabbaues auf ein regelrechtes Kulturniveau schon von vornherein erkenntlich. Um für diesen Lohnraub obendrein der Unternehmerwillkür vollkommen Tür und Tor zu öffnen, hat Papen weiterhin nunmehr ganz eindeutig die „Auflockerung der Tarifverträge" angekündigt.

Für alle diese Hunger und Elend der Massen noch weiter vermehrenden Pläne wird — ausgerechnet „Arbeitsbeschaffung" zur hohnvollen Begründung genommen.

Tatsächlich bedeuten die hier von uns erörterten Punkte des Wirtschaftsprogrammes der Papenregierung jedoch sklavische Verelendung für Betriebsarbeiter und Erwerbslose zugleich.

Die wirtschaftlichen Maßnahmen, die in Papens Programm enthalten sind, sollen durch eine in diesem Ausmaß bisher noch nicht dagewesene politische Knebelung der Massen ergänzt werden. Alle diese Maßnahmen sollen den Mitteilungen der bürgerlichen Presse zufolge,

noch Mitte dieser Woche durch Notverordnung in Kraft gesetzt werden.

Das heißt für alle Arbeiter und für alle Erwerbslosen:

Höchster Alarm!

In allen Betrieben, an allen Stempelstellen heißt es unverzüglich gegen dieses Programm des Faschismus Stellung zu nehmen und mobil zu machen. Auch in den Gewerkschaften heißt es Alarm zu schlagen, um so mehr, als die bürgerliche Presse schon damit rechnet, daß Papens Wirtschaftsprogramm von der Gewerkschaftsbürokratie „nicht ungünstig eingeschätzt" wird.

Darum mit allen Kräften und ohne Verzug in den Betrieben, an den Stempelstellen und in den Gewerkschaften, überall, wo Arbeiter zusamenkommen: Mobilmachung zur

Gegenwehr in Antifaschistischer Aktion!

Textiler, vorwärts

zum Kampf gegen jeden Pfennig Lohnraub

Dringender Appell an alle Mitglieder des DTV!

Am Sonnabend u. Sonntag tagten in Chemnitz, Plauen, Werdau und Leipzig Textilarbeiterkonferenzen zur Vorbereitung des Kampfes in der Textilindustrie. Auf allen vier Konferenzen waren Delegierte aus den wichtigsten Betrieben der betreffenden Gebiete erschienen.

Die Delegierten berichteten über die Vorbereitungen des Streikkampfes in ihren Betrieben. Unter den Delegierten befanden sich ein großer Teil Mitglieder des Textilarbeiterverbandes, die einmütig mit den anderen Delegierten auf dem Standpunkt standen, daß kein Pfennig Lohnabbau mehr geduldet werden darf!

Die Konferenzen verliefen in bester Kampfstimmung. Die hemmungslose Kampfentschlossenheit lag auf allen Konferenzen vor und wurde einstimmig angenommen.

Die Chemnitzer und Werdauer Konferenz sandte den streikenden englischen Textilarbeitern und dem Antikriegskongreß in Amsterdam je ein Begrüßungstelegramm.

Jetzt gilt es in allen Betrieben die Mobilisierungsarbeit zu verstärken und die Voraussetzungen zu schaffen, daß jeder Pfennig Lohnabbau — ganz gleich in welcher Form er durchgeführt werden soll — mit der sofortigen Aufnahme des Kampfes beantwortet wird.

Der englische Textilstreik eröffnet

Sächsische Textilarbeiter, verhindert den Streikbruch . Mobilisiert zu eurem eigenen Streik gegen jeden Pfennig Lohnraub!

Wir berichten auf der Auslandsseite, daß bereits am Sonnabend 200 000 englische Weber im Bezirk Lancashire in den Streik getreten sind. Die übrigen Branchen der Textilindustrie mit insgesamt 500 000 Arbeitern stehen unmittelbar vor dem Kampf, da auch dort Lohnabbau durchgeführt werden soll. Die Entscheidung fällt bereits in den nächsten Tagen.

Auch in England machen die reformistischen Gewerkschaftsführer alle Anstrengungen, den Kampf abzuwürgen. So versuchten die Bonzen bereits den Streik der Weber illusorisch zu machen, indem sie ihre Zustimmung zur Entlassung tausender Verbandskollegen gaben, die sich weigerten, der Forderung der Unternehmer nachzukommen, in Zukunft an sechs statt an vier Webstühlen zu arbeiten. Wieder eingestellt sollten lediglich die werden, die wegen des Lohnabbaues vor Ablauf des Tarifes die Arbeit niedergelegt hatten. Die Weber sind entgegen den Wünschen der Reformisten in den Streik getreten.

Die Zeitungen der deutschen Kapitalisten berichten davon, daß dieser Streik, dessen weitere Ausdehnung unvermeidlich sei, daß industrielle Gleichgewicht Englands schwer erschüttern könne und knüpfen daran optimistische Hoffnungen auf eine Belebung des deutschen Textilmarktes. Sie erinnern an den großen englischen Bergarbeiterstreik 1926, der damals zur Ankurbelung und zur Entlastung der deutschen Kohlenindustrie geführt habe. Das ist nicht mehr und nicht weniger, als die Spekulation darauf, daß in den deutschen Textilbetrieben von den Arbeitern Streikbrucharbeit für den englischen Markt geleistet werden soll. Die Textilarbeiter Sachsens, die im Kampf der englischen Kollegen ein herrliches Beispiel sehen, müssen nicht nur verhindern, daß auch nur ein Stück Streikbrucharbeit in ihren Betrieben geleistet wird, sondern ihren Kampf gegen den Lohnraub noch intensiver organisieren.

Eine Anzahl nachahmenswerter und aufeuernder Beispiele über die

Streikrüstung in Sachsen

veröffentlichen wir bereits an anderer Stelle.

Beschluß der KPD

für die Wahl des Reichstagspräsidenten unter Ausschaltung der Hitler-Faschisten

In Uebereinstimmung mit der kommunistischen Reichstagsfraktion hat das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands nachfolgenden Beschluß gefaßt:

„Die Arbeiterschaft einer großen Anzahl von Betrieben in ganz Deutschland hat in den letzten Tagen zur Frage der Reichstagseröffnung und der Wahl des Reichstagspräsidiums Stellung genommen. In Beschlüssen dieser Betriebsbelegschaften kommt einmütiger Wille der klassenbewußten Arbeiterschaft zum Ausdruck,

durch den außerparlamentarischen Massenkampf, den Kampf der Kommunisten im Reichstag gegen den Faschismus und für die Interessen der Werktätigen zu unterstützen und fortzuführen.

Darüber hinaus fordert die Arbeiterschaft von ihren Vertretern im Parlament dafür Sorge zu tragen, daß bei der Wahl des Reichstagspräsidenten die des Arbeitermordes überführte Partei der Nationalsozialisten ausgeschaltet wird. Dieser Wille der klassenbewußten Arbeiterschaft und des werktätigen Volkes ist auch der Wille der Kommunistischen Partei.

Die Kommunistische Partei Deutschlands wird deshalb bei der Wahl des Reichstagspräsidenten im ersten Wahlgang für ihren eigenen Kandidaten stimmen. Sollte in diesem ersten Wahlgang der nationalsozialistische Kandidat durch das Verhalten des Zentrums nicht gewählt werden, so wird in dem dann notwendig werdenden zweiten Wahlgang die kommunistische Reichstagsfraktion, um die Wahl eines Nationalsozialisten zum